



Merkel träumt ...

WWW.SN.AT/WIZANY

Wenn ein Freiheitlicher das Licht im Saal aufdreht

Was will eigentlich die FPÖ? Antwort auf diese Frage lieferte kürzlich der öo. Landesrat Elmar Podgorschek. Der führende Blaue gab bei einem Vortrag in Thüringen der deutschen Rechtsaußen-Partei AfD Nachhilfeunterricht für die Macht-

chen Betriebe ausgetauscht.“ So weit der blaue Landesrat. Und weiter: „Was wir aus meiner Sicht unbedingt durchführen müssen, wir sind mitten darunter, ist eine Neutralisierung des öffentlichen Rundfunks.“ Auch gelte es gegen die „linksgepolte Justiz“ und die „unterwanderte Wissenschaft“ einzuschreiten. Danke, das genügt! Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ nannten diese Darbietung einen „Filmriss“. Stimmt! Und Herr Podgorschek höchstpersönlich hat dankenswerterweise das Licht im Saal aufgedreht. Und man sieht: Die Freiheitlichen wollen nicht bloß mitregieren. Sie wollen dem Land ihre Ideologie aufzwingen.

GLOSSE Andreas Koller

übernahme. „Wir müssen den Marsch durch die Institutionen antreten. Wir haben jetzt bei der Übernahme der Bundesregierung beinah alle Aufsichtsräte und teilweise, wo es möglich war, die Geschäftsführer der staatlichen und halbstaatli-

KURZ GEMELDET

SPÖ will den Rücktritt Innenminister Kickls

WIEN. Die SPÖ hat am Sonntag erneut den Rücktritt von Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) gefordert. Kickl habe „offensichtlich die Öffentlichkeit von Beginn an vorsätzlich falsch informiert und die Unwahrheit gesagt“, meinte SPÖ-Abgeordneter Jan Krainer mit Blick auf einen „profil“-Bericht, laut dem Kickl seinen Generalsekretär Peter Goldgruber beauftragt haben soll, im Innenministerium „aufzuräumen“. In der Sondersitzung des Nationalrats vor zwei Wochen habe Kickl „jede Einflussnahme abgestritten und behauptet, er sei von Goldgruber erst im Nachhinein informiert worden“, sagte Krainer. SN, APA

Weniger Frauen im Bundesrat

WIEN. Die vier Landtagswahlen im ersten Halbjahr 2018, die Innsbrucker Bürgermeisterwahl und die Neuerungen in Wien haben zu keinen wesentlichen Änderungen des Frauenanteils in der Politik geführt. Negativ fällt die Zahl der weiblichen Mitglieder des Bundesrats auf, hier sind es nur noch 20 statt 24. Das geht aus einer Untersuchung des Leiters des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen, Werner Zögernitz, hervor. SN, APA

EINGEKOCHT Manfred Koch



Wie soll Salzburgs U-Bahn heißen?

Salzburg wird 'ne U-Bahn bauen!
Tja, wer hat, der hat!
Demnächst rast man, statt zu stauen,
In der Mozartstadt
Bis zum Mirabellsschloss – sausend
Auf dem Schienenstrang
Siebenhundertfünfzigtausend
Millimeter lang!

Hinterm Mirabellsschloss warten
Schon seit langer Zeit
Im berühmten Zwergergarten
Klein gewachsne Leut'
Mit versteinert ernten Mienen
Ziemlich indigniert
Drauf, dass endlich aus der Schienen-
Minibahn was wird.

Doch nun geh'n die bisher lahmen
Planungen voran!
Jetzt braucht's nur noch einen Namen:
„Zwergelgrottenbahn“?
„Liliput-Subway“? Nein, lieber
„Millimetro“! – Ach,
Liebe Zwergje, denk darüber
Bitte selber nach ...

Die Protestwelle gegen den 12-Stunden-Tag rollt an

Betriebsrätekonferenzen in den Landeshauptstädten, Großdemo in Wien – Industrie-Experte ortet noch offene Fragen.

WIEN. Die Protestwelle gegen die Arbeitsflexibilisierung rollt, die Angestellten-gewerkschaft ruft zu Betriebsrätekonferenzen. Heute, Montag, in Wien, Eisenstadt und St. Pölten. Morgen in Graz und Innsbruck, Salzburg, Linz, Klagenfurt waren bereits vergangene Woche an der Reihe. Vorläufiger Höhepunkt der Proteste wird eine große Demo am kommenden Samstag in Wien sein. Motto: „Nein zum 12-Stunden-Tag“. „Gerade jetzt, wo die erworbenen Rechte einem Frontalangriff ausgesetzt sind, ist es umso wichtiger, dass wir gemeinsam ein Zeichen setzen“ – so lautet der Appell der Gewerkschafter, die auch eine Hotline eingerichtet haben (0800/22 12 0060).

Die Bundesregierung war in den vergangenen Tagen bemüht, vor allem zwei Einwände gegen ihren Gesetzesentwurf zu entkräften: Erstens den Einwand, dass Arbeitnehmer zum zeitweiligen 12-Stunden-Tag gezwungen werden könnten. Vizekanzler Strache versicherte, man werde das Prinzip der Freiwilligkeit verankern. Der zweite Einwand gegen die Arbeitszeitflexibilisierung lautete, dass für Mehrarbeit bei Gleitzeitverträgen die Mehrstundenvergütungen wegfallen könnten; stimmt nicht, versicherten mehrere Regierungsvertreter.

Laut einer Expertise, die der Arbeitsrecht-



So mobilisiert die Gewerkschaft gegen die Arbeitszeitflexibilisierung. BILD: SN

ler Philipp Maier für das „Industriemagazin“ angestellt hat, besteht aber in beiden Fragen noch Erklärungsbedarf. Zur angeblichen Freiwilligkeit des 12-Stunden-Tags schreibt der Experte: „Bis die Judikatur hier praktische Grenzbeziehungen gefunden hat, sind Arbeitnehmer gut beraten, ein Ersuchen des Arbeitgebers um zusätzliche Arbeitsstunden nicht leichtfertig abzulehnen – denn gelingt kein Nachweis überwiegender Interessen,

droht im schlimmsten Fall sogar die Entlassung.“

Und zu den Überstundenzuschlägen bei Gleitzeit, die laut Regierung erhalten bleiben, schreibt der Arbeitsrechtler: „Allerdings spricht der Wortlaut des neuen Gesetzes gegen diese Interpretation.“ Denn: „Die Normalarbeitszeit für Gleitzeitverträge wurde explizit von 10 auf 12 Stunden angehoben.“ – Raum genug also für Unsicherheiten – und für gewerkschaftliche Proteste.

Insgesamt, so lautet die Einschätzung des Arbeitsrechtsexperten Maier, müsste die Wirtschaft zufrieden sein. Denn: „Viele Forderungen der Industrie finden sich in der Novelle wieder: eine erhebliche Liberalisierung der Arbeitszeitgrenzen, eine spürbare Ausweitung der Möglichkeit zur Anordnung von Überstunden und eine deutliche Ausweitung der zuschlagsfreien Arbeitsmöglichkeiten bei Gleitzeit.“

Dass der ausnahmsweise 12-Stunden-Tag keine Erfindung der Regierung Kurz ist, sondern auch in SPÖ-Biotopen beheimatet ist, machte ÖBB-Generaldirektor Andreas Matthä am Samstag in einem Interview mit den Bundesländerzeitungen klar: „Ich darf festhalten, dass bei uns Zwölf-Stunden-Schichten Standard sind.“ Gewerkschaftliche Proteste dagegen sind nicht überliefert. **a.k.**

Die Neos haben jetzt eine Chefin

Beate Meinel-Reisinger folgt auf Strolz. Sie will „der Mitte eine neue Stimme geben“.

WIEN. Der Führungswechsel bei den Neos ist vollzogen. Die Pinken tauschten am Samstag den quirligen Parteigründer Matthias Strolz gegen die resolute Beate Meinel-Reisinger aus. Sie erhielt, obgleich es einen Gegenkandidaten gab, respektable 94,8 Prozent. Inhaltliche Umwälzungen sind mit der neuen 40-jährigen Chefin nicht zu erwarten. Sie kündigte an, den bisherigen Kurs der Mitte halten zu wollen.

„Die Menschen in der Mitte ertragen diese permanente Polarisierung nicht mehr. Sie wollen Lösungen. Dieser Mitte will ich eine laute Stimme geben“, sagte Meinel-Reisinger bei der Mitgliederversammlung in der Wiener Stadthalle. „Ich werde nicht nach links und nicht nach rechts, sondern nach vorn gehen.“

Das gemeinsame Europa werde mittler-



Abschied und Neubeginn: Strolz, Meinel-Reisinger. BILD: SN/APA/GEORG HOCHMUTH

weile nicht nur von den Rechten, sondern auch von den Konservativen infrage gestellt, sagte die neue Parteichefin. Die Meinungs- und Pressefreiheit werde angegriffen, der Justiz die Daumenschrauben angelegt, die Menschenrechte scheinen verhandelbar. Meinel-Reisinger warnte aber auch davor, dass „wir Liberale nicht blind sein dürfen“ und aus Toleranz Intoleranz dulden. „Wir dürfen dem politischen Islam keinen Millimeter die Tür aufmachen. Aber ich halte dem Halbmond nicht das Kreuz entgegen, sondern die aufgeklärte säkulare Demokratie“, sagte Meinel-Reisinger. Der scheidende Parteichef Strolz rief in seiner Abschiedsrede die Neos dazu auf, gegen den voranschreitenden Demokratieabbau anzukämpfen.

Strolz wurde mit zahlreichen Danksagungen und Applaus verabschiedet. SN, APA